



AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)
0/1-816/86-1989

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (16. Novelle zum GSVG);
Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. 20.619/2-2/89

Betreff:	GESETZENTWURF
Zl.	76 GE/9 SP
Datum:	25. OKT. 1989
Verteilt:	25. Okt. 1989

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

2285

Datum

23.10.1989

Mag. Uta Franzmair

St. Kapit

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stellung:

Da der vorliegende Gesetzesentwurf hauptsächlich Parallelbestimmungen bzw. Anpassungen an die 48. ASVG-Novelle beinhaltet, wird auf die diesbezügliche ha. Stellungnahme vom 23. Oktober 1989, Zl. 0/1-290/347-1989, verwiesen. Auch bei der Realisierung dieses Gesetzesvorhabens entstehen immense Mehrbelastungen, welche über die derzeitige Phase der Hochkonjunktur hinaus und auf Grund des Verstärkereffektes von einmal in Geltung stehenden sozialen Erweiterungen zu einem akuten Mangel an Geldmitteln führen können. Jegliche Überwälzungen dieser Mehrbelastungen des Bundes auf die Länder werden bereits jetzt abgelehnt. Es wird ausdrücklich festgehalten, daß der Bund die alleinige Verantwortung für die aus dem vorliegenden Entwurf resultierenden finanziellen Auswirkungen zu tragen hat, und ein Vorbehalt dahingehend angemeldet, daß den geplanten Maßnahmen nicht zugestimmt werden kann, wenn - allenfalls auch nur indirekt - hierdurch dem Land Mehrkosten erwachsen, sei es im Wege höherer Dienstgeberbeiträge, im Wege verminderter Leistungen der sozialen Krankenversicherung für die Krankenanstalten oder auf andere Weise.

- 2 -

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber
Landesamtsdirektor